

## Europa-Lager im deutschen Parteiensystem auf Basis des Wahl-O-Mat

Andreas Wimmel<sup>1</sup>

### 1. Einleitung

Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal von Parteien ist ihre Programmatik (vgl. Merz/Regel 2013). Je nachdem, welche Themen inhaltlich in den Blick genommen werden, lassen sich Parteipositionen entlang verschiedener politisch-ideologischer Konfliktlinien verorten (vgl. grundlegend Niedermayer 2013a). In der Wirtschaftspolitik ließe sich beispielsweise vergleichen, ob Parteien die Steuern und Abgaben von Unternehmen erhöhen oder senken wollen, während in der Gesellschaftspolitik unterschieden werden kann, wie restriktiv sie die Zuwanderung von Ausländern beschränken wollen. Wenn Parteien in mehreren Politikbereichen gleiche oder zumindest sehr ähnliche Standpunkte einnehmen, kann von einem politischen Lager gesprochen werden. Politische Lager waren jahrzehntelang eine wichtige Bestimmungsgröße nicht nur für die Konfliktstellung in Wahlkämpfen, sondern auch für die Bildung von Koalitionen in Bund und Ländern (vgl. Decker 2018, 11ff.).

Während unzählige Arbeiten zur Struktur und auch zum Wandel von Konfliktlinien bzw. politischen Lagern im nationalen Parteienwettbewerb vorliegen (vgl. etwa Bräuninger/Debus 2012, Bender et al. 2015, Däubler 2017), beschränken sich die meisten Studien zur Europapolitik auf die Unterscheidung zwischen (mehr oder weniger) proeuropäischen und euroskeptischen Einstellungsmustern. Zur Einstufung von Parteien werden ganz überwiegend Daten aus Expertenbefragungen verwendet oder Europawahlprogramme einer quantitativen Inhaltsanalyse unterzogen (vgl. Wüst 2005, Häsing/Buzogány 2018, Treib 2018). Dabei werden Parteien als europafreundlich bzw. eurokritisch eingeordnet, ohne dass immer nachvollziehbar ist, auf welchen konkreten Beschlüssen oder Programminhalten solche Beurteilungen beruhen. Die wenigen vergleichenden Studien, die Wahlprogramme qualitativ-manuell auswerten, orientieren sich zwar an zuvor definierten Begriffen von Euroskeptizismus (vgl. Ketelhut et al. 2016, Niedermayer 2017). Aber auch hier bleibt das Problem bestehen, dass durch die Festlegung auf be-

stimmte normativ-politische Leitbilder eines integrierten Europas die Klassifizierung und Eingruppierung von Parteien erheblich vorbestimmt wird.

In diesem Aufsatz soll der Wahl-O-Mat anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament der Jahre 2019, 2014, 2009 und 2004 genutzt werden, um „Europa-Lager“ im deutschen Parteiensystem zu bestimmen und voneinander abzugrenzen. Unter einem Europa-Lager werden analog zu nationalen politischen Konflikträumen mindestens zwei Parteien verstanden, die in europapolitischen Sachfragen programmatische Übereinstimmungen aufweisen. Die Stärke eines Europa-Lagers ist kein absoluter Wert, sondern lässt sich nur relativ zu anderen Parteiformationen schätzen und über Zeit vergleichen. Erstens kann so ermittelt werden, wie groß die inhaltlichen Gemeinsamkeiten zwischen Parteien bzw. verschiedenen Europa-Lagern im Vorfeld der vier Europawahlen waren. Zweitens lässt sich analysieren, wie sich programmatische Schnittmengen seit der Europawahl 2004 entwickelt haben, also ob sich bestimmte Parteien bzw. Europa-Lager europapolitisch angenähert oder auseinander bewegt haben. Die Ergebnisse geben systematische Hinweise, ob und inwieweit die verstärkte Politisierung der EU seit der Euro-Krise (vgl. Wimmel 2012, Rauh/Zürn 2014) zu einer veränderten Lagerstruktur in der deutschen Europapolitik geführt hat.

Im folgenden Abschnitt wird zunächst argumentiert, dass die eindimensionale Unterscheidung zwischen proeuropäischen vs. euroskeptischen Parteien nicht zielführend ist, um die enorme Vielschichtigkeit von Politik im Mehrebenensystem der EU zu erfassen und differenziert abzubilden. Daraufhin wird dargelegt, wie Daten des Wahl-O-Mat genutzt werden können, um die Europa-Programmatik von Parteien zu vermessen, ohne politisch aufgeladene Einstufungen vornehmen zu müssen. Anschließend werden die programmatischen Distanzen zwischen den deutschen Parteien, die bei der Europawahl 2019 die meisten Stimmen erhalten haben, im Detail dargestellt. Auf dieser Basis werden dann die inhaltlichen Übereinstimmungen ausgewählter Lager bzw. „Europa-Koalitionen“ berechnet und mit vorherigen Wahlen zum Europäischen Parlament abgeglichen. In den Schlussfolgerungen wird diskutiert, inwieweit sich Europapolitik zu einem neuen Konfliktfeld im deutschen Parteiensystem entwickelt hat, das die Bildung von Regierungskoalitionen zukünftig erschweren könnte.

<sup>1</sup> Dr. Andreas Wimmel ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

## 2. Parteiprogrammatik und europäische Integration

Nachdem die Einstellungen von Parteien zur europäischen Integration zunächst entlang von Leitbildern (vgl. zuerst Schneider 1977) und später „Verfassungs-ideen“ (Jachtenfuchs 2002) bestimmt worden sind, dominiert heute die Unterscheidung zwischen proeuropäischen und euroskeptischen Parteien nicht nur die politische, sondern auch die akademische Europadebatte. Insbesondere der Begriff des Euroskeptizismus ist unscharf geblieben und wird geradezu inflationär für ganz verschiedene Formen von Kritik an der Europäischen Union verwendet (vgl. Weßels 1999, ausführlich Zabel 2017). Natürlich ist vielfach versucht worden, graduelle Abstufungen von parteibasierter Europaskepsis vorzunehmen. Beispielsweise unterscheidet eine in der Literatur breit rezipierte Typologie zwischen der Unterstützung bzw. Ablehnung der generellen Idee der europäischen Integration und spezifischer Integrations Schritte in verschiedenen Politikfeldern der EU (vgl. Gernand 2018, 303). Aber trotz dieser und anderer Binnendifferenzierungen stellt die Zusammenfassung von Parteipositionen auf einer Achse von proeuropäisch bis euroskeptisch aus mindestens zwei Gründen eine zu grobe Vereinfachung eines höchst komplexen Sachverhaltes dar.

Erstens handelt es sich um diffuse Konzepte, die sich nicht politisch unvoreingenommen bzw. wertneutral definieren lassen. Wenn nicht nur analysiert werden soll, ob sich Parteien bzw. deren Führungspersonal oder Abgeordnete selbst als proeuropäisch bzw. euroskeptisch bezeichnen, sondern auf der Grundlage von Parteiprogrammen aggregierte Einstufungen vorgenommen werden sollen, setzt dieser Schritt zwingend eine idealtypische Vorstellung eines integrierten Europas voraus. Je anspruchsvoller das zugrunde gelegte Integrationsmodell ausfällt, desto euroskeptischer erscheinen Parteien, wenn sie diesem Modell nicht entsprechen, beispielsweise, weil sie keinen europäischen Bundesstaat anstreben. Zwar lässt sich vergleichen, ob Parteien mehr oder weniger Entscheidungskompetenzen auf die europäische Ebene verlagern oder in den nationalen Rechtsrahmen zurückführen wollen. Aber sobald die wie auch immer geartete Europapolitik von Parteien als proeuropäisch oder euroskeptisch klassifiziert wird, sagt der Befund mehr über den europapolitischen Standpunkt des externen Beobachters aus als über die Europaprogrammatik der analysierten Partei.

Zweitens dreht sich die aktuelle Europadebatte kaum noch darum, ob Politikbereiche vergemeinschaftet oder renationalisiert werden sollen, weil aufgrund

nationalstaatlicher Interessengegensätze in absehbarer Zeit keine tiefgreifenden Integrationsfortschritte oder gar Vertragsreformen zu erwarten sind. Stattdessen geht es für Parteien darum, Lösungen für Problemlagen zu entwickeln, die durch bereits vollzogene Integrations Schritte verursacht worden sind. Aber gerade bei inhaltlichen Sachfragen lässt sich die Beurteilung, ob sie als proeuropäisch oder euroskeptisch einzustufen sind, nicht unabhängig vom politischen Standpunkt des Beobachters vornehmen. Zwei Beispiele in Frageform: Sind Parteien, die den Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärfen wollen, um die ausufernde Staatsverschuldung in einigen Mitgliedstaaten der Eurozone einzudämmen, proeuropäischer oder euroskeptischer als Parteien, die Mitgliedstaaten keine engeren Grenzen setzen wollen? Und sind Parteien, die die Europäische Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) stärken wollen, um durch die Sicherung der EU-Außengrenzen illegale Migration zu unterbinden, proeuropäischer oder euroskeptischer als Parteien, die auf einen gemeinsamen Außengrenzschutz verzichten wollen? Obwohl es sich in beiden Fällen um integrierende Maßnahmen im Rechtsrahmen der EU handelt, lassen sich diese Fragen nicht frei von politischen Überzeugungen beantworten.

Die methodische Herausforderung für die vergleichende Parteienforschung besteht folglich darin, sich bei der Messung von Parteipositionen zwar von der Einzelbeobachtung zu lösen, ohne aber das Ergebnis durch politisch-normative Vorfestlegungen zu beeinflussen. Die EU ist eine komplexe Organisation, die institutionelle, prozedurale und vor allem politisch-inhaltliche Komponenten miteinander verbindet (vgl. Gehring 2002). Zudem lassen sich im Mehrebenensystem der EU nationale und europäische Politik nicht mehr systematisch voneinander trennen, weil Entscheidungen auf der europäischen Ebene auf die nationale Ebene zurückwirken und umgekehrt, insbesondere im Kernbereich der Wirtschafts- und Währungsunion (vgl. Streeck 2013, Scharpf 2017). Unter diesen Bedingungen sollte sich die Parteienforschung auf die Bestimmung von programmatischen Differenzen zwischen Parteien beschränken, weil eine Aggregation von vielen europapolitischen Teilpositionen hin zu einer „Europa-Position“ empirisch schlicht unmöglich ist.

## 3. Wahl-O-Mat

Der Wahl-O-Mat ist ein onlinebasiertes Frage- und Antwort-Tool, das erstmals zur Bundestagswahl 2002 von der Bundeszentrale für politische Bildung

entwickelt und bereitgestellt wurde.<sup>2</sup> Mit dem Wahl-O-Mat können Bürger auf spielerische Art und Weise herausfinden, welche der zur Wahl stehenden Parteien die meisten Übereinstimmungen mit den eigenen politischen Standpunkten aufweist (vgl. schon Marschall 2005). Auf der Grundlage von Partei- und Wahlprogrammen formuliert eine Redaktion, an der auch Jung- und Erstwähler beteiligt sind, etwa 80 bis 100 Thesen bzw. Aussagen zu verschiedenen politischen Themen. Vor der jeweiligen Wahl wird diese Liste den Parteien mit der Bitte übermittelt, sich zu den Thesen befürwortend, ablehnend oder neutral zu positionieren. Sobald die Antworten der Parteien vorliegen, wählt die Redaktion bis zu 38 Thesen aus, die ihrem Eindruck nach die wichtigsten Themen der Wahl aufgreifen, von den Parteien kontrovers beantwortet werden, die Unterscheidbarkeit der einzelnen Parteien gewährleisten und ein breites thematisches Spektrum abdecken. Eine Auswertung von Nutzer-Daten hat ergeben, dass der Wahl-O-Mat verstärkt von jungen Menschen frequentiert wird und ihnen dabei hilft, die programmatischen Unterschiede zwischen Parteien klarer zu erkennen (vgl. Marschall 2011, Schultze 2012).

Obwohl der Wahl-O-Mat in erster Linie als Hilfestellung für unentschlossene Wähler gedacht ist, wird er von Politikwissenschaftlern zur vergleichenden Analyse von Parteipositionen genutzt. Wagschal und König haben Wahl-O-Mat-Daten zu den Bundestagswahlen der Jahre 2013, 2009 und 2005 ausgewertet, um Differenzen zwischen Parteien und mögliche programmatische Annäherungen festzustellen. Grundsätzlich bestätigen die Ergebnisse eine stabile Lagerstruktur im deutschen Parteiensystem, wobei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE im Vorfeld der Wahlen 2005 und 2009 größere inhaltliche Übereinstimmungen aufwiesen als CDU/CSU und FDP. Erst bei der Bundestagswahl 2013 näherte sich die SPD den sogenannten bürgerlichen Parteien etwas an, sodass die Polarisierung zwischen den Lagern trotz der Alternative für Deutschland (AfD), die damals noch der Union programmatisch nahestand, leicht abgenommen hatte (vgl. Wagschal/König 2015, 196). Darüber hinaus haben Stecker und Däubler (2016, 2017) in mehreren kleineren Beiträgen die programmatischen Schnittmengen von möglichen Regierungskoalitionen in Bund und Ländern anhand von Wahl-O-Mat-Daten berechnet.

Wahl-O-Mat-Daten zu Europawahlen wurden bislang lediglich ausgewertet, um Nutzermerkmale und Nutzermotivationen zu analysieren (vgl. Marschall et al. 2015), aber nach meiner Literaturkenntnis nicht, um Parteipositionen und insbesondere Lagerbildungen zu erfassen. Diese Forschungslücke ist bedauerlich, weil der Wahl-O-Mat gerade in der Europapolitik eine Reihe von Vorzügen bietet, um den oben angerissenen methodischen Herausforderungen zu begegnen. Im Gegensatz zu Europawahlprogrammen, die häufig sehr allgemein formuliert sind und vor allem auch Standpunkte zu nationalen Themen beinhalten (vgl. John/Werner 2016, Braun et al. 2018), beziehen sich die Wahl-O-Mat-Thesen explizit auf europapolitische Sachfragen, zu denen sich die Parteien eindeutig positionieren. Der externe Beobachter muss also nicht selbst Parteipositionen aus einer mitunter schwammigen Europa-Rhetorik herleiten bzw. rekonstruieren, wodurch die Messung an Validität und Objektivität gewinnt. Darüber hinaus fokussiert sich der Wahl-O-Mat ganz bewusst auf parteipolitisch umstrittene EU-Themen, sodass Differenzen zwischen Parteien bzw. Lagern unterhalb allgemeiner Einstellungen zur europäischen Integration sichtbar werden. Zudem bietet der Wahl-O-Mat den Parteien die Möglichkeit, ihre Haltung zu jeder Sachfrage schriftlich zu erläutern, sodass nachvollzogen werden kann, ob sie die Thesen aus denselben Gründen unterstützen oder ablehnen.

Aus den Wahl-O-Mat-Daten zu den Europawahlen der Jahre 2019, 2014, 2009 und 2004 wurden die Parteipositionen zu den jeweiligen Thesen extrahiert (38 Thesen für die Wahlen 2019, 2014 und 2009; 30 Thesen für die Wahl 2004).<sup>3</sup> Die programmatischen Schnittmengen zwischen einzelnen Parteien wurden folgendermaßen berechnet: 2 Punkte, wenn beide Parteien bei einer These die gleiche Position vertreten; 1 Punkt, wenn eine Partei die These befürwortet oder ablehnt, während sich die andere Partei neutral verhält; 0 Punkte, wenn eine Partei der These zustimmt und die andere sie ablehnt. Wenn zwei Parteien in allen 38/30 Thesen übereinstimmen, ergäbe dies 76/60 Punkte bzw. eine Übereinstimmung von 100 Prozent. Zusätzlich wurde für die Europawahl 2019 ausgezählt, in wie vielen Sachfragen die jeweiligen Parteien komplett übereinstimmen. Für die programmatische Geschlossenheit von Europa-Lagern bestehend aus drei Parteien wurde der prozentuale Mittelwert der jeweiligen Parteidyaden kalkuliert.

<sup>2</sup> Ausführliche Informationen zum Wahl-O-Mat finden sich auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung unter <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/>.

<sup>3</sup> Alle Daten zu früheren Wahl-O-Maten sind auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung archiviert: <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/45484/archiv>.

Zur Europawahl 2019 sind CDU und CSU erstmals mit einem gemeinsamen Programm angetreten und wurden deswegen im Wahl-O-Mat als eine Partei geführt; zuvor stellten sie sich mit getrennten Programmen zur Wahl und wurden folglich vom Wahl-O-Mat als zwei Parteien geführt. Um die Werte der Europawahlen 2014, 2009 und 2004 nicht durch eine weitere Partei zu verzerren, die der CDU europapolitisch vergleichsweise nahesteht, wurde in die Berechnung der durchschnittlichen programmatischen Schnittmengen der jeweiligen Europa-Lager ausschließlich die CDU einbezogen. Diese Vorgehensweise erscheint vertretbar, weil die Distanzen zwischen CDU/CSU und den anderen Parteien bei der Europawahl 2019 eher den Distanzen zwischen der CDU und den anderen Parteien bei den Wahlen 2014, 2009 und 2004 entsprechen als den Distanzen zwischen der CSU und den anderen Parteien, die im Mittel größer waren.<sup>4</sup> Mit anderen Worten: Die gemeinsamen CDU/CSU-Positionen im Wahl-O-Mat zur Europawahl 2019 entsprechen sehr wahrscheinlich eher der Europaprogrammatik der CDU als der Europaprogrammatik der CSU bei den vorherigen Wahlen, sodass die Werte der CDU-Parteidynaden für einen aussagekräftigen Vergleich besser geeignet sind.

#### 4. Programmatische Schnittmengen zwischen Parteien

Tabelle 1 stellt die programmatischen Schnittmengen zwischen den sechs Parteien, die bei der Europawahl am 26. Mai 2019 die meisten Stimmen erhalten haben, in Prozent dar. Die Werte in den Klammern zeigen die Anzahl an Thesen, bei denen die jeweiligen Parteien komplett übereinstimmen. Die CDU/CSU hat zu allen anderen Parteien relativ ähnliche programmatische Distanzen, wobei die größten Übereinstimmungen mit der FDP bestehen und die geringsten mit der Linkspartei. Die SPD hat mit 88,2 Prozent und 33 von 38 Thesen (!) die meisten inhaltlichen Gemeinsamkeiten mit den Grünen, während sie die mit Abstand wenigsten Schnittmengen zur AfD aufweist. Ein fast deckungsgleiches Bild zeigt sich bei den Grünen, die allerdings bei noch mehr Sachfragen mit der

Linkspartei konformgehen. Die AfD hat mit 50 Prozent die größte Nähe zu den Unionsparteien und bildet mit nur 15,8 Prozent Übereinstimmung einen programmatischen Gegenpol zu den Grünen. Die FDP hat die meisten Überschneidungen mit der CDU/CSU und die größte Distanz zur Linken. Insgesamt weist die SPD mit einer durchschnittlichen Übereinstimmungsquote von 59,2 Prozent die größte Nähe zu allen anderen Parteien auf, gefolgt von den Grünen, der CDU/CSU, der Linkspartei und der FDP. Die Europaprogrammatik der AfD unterscheidet sich mit einem Mittelwert von nur 32,4 Prozent Übereinstimmung am deutlichsten von den anderen Parteien.

Bei keiner der 38 Thesen haben sich alle sechs Parteien gleich positioniert. Die breiteste parteiübergreifende Zustimmung besteht bei der Sachfrage, ob Initiativen gegen Antisemitismus in der EU finanziell unterstützt werden sollen, was von allen Parteien außer der AfD, die sich neutral verhält, unterstützt wird.<sup>5</sup> Ähnlich übereinstimmend positiv ist die Haltung zu der These, die EU solle Mitgliedstaaten, die die Presse- und Medienfreiheit verletzen, finanziell bestrafen. Allein die AfD lehnt diese Forderung mit der Begründung ab, ein solcher Eingriff sei nicht mit dem „Nichteinmischungsgrundsatz in innere Angelegenheiten von Staaten durch andere Mächte und nichtstaatliche Akteure“ vereinbar. Die gleiche Konfliktstellung zeigt sich bei der These, dass Asylsuchende in der EU proportional auf die Mitgliedstaaten verteilt werden sollen. Erneut stimmen alle Parteien dieser Aussage zu, nur die AfD lehnt „verbindliche Flüchtlings-Aufnahmequoten für EU-Mitgliedstaaten“ ab, weil sie „einen schweren Eingriff in die nationale Souveränität“ bedeuten würden.

**Tab. 1: Programmatische Schnittmengen in Parteidynaden – Europawahl 2019**

	CDU/CSU	SPD	B90/Grüne	DIE LINKE	AfD	FDP
CDU/CSU		56,6 (16)	52,6 (15)	46,1 (12)	50,0 (13)	69,7 (19)
SPD	56,6 (16)		88,2 (33)	76,3 (27)	19,7 (5)	55,3 (17)
B90/Grüne	52,6 (15)	88,2 (33)		80,3 (29)	15,8 (3)	51,3 (16)
DIE LINKE	46,1 (12)	76,3 (27)	80,3 (29)		27,6 (7)	34,2 (9)
AfD	50,0 (13)	19,7 (5)	15,8 (3)	27,6 (7)		48,7 (13)
FDP	69,7 (19)	55,3 (17)	51,3 (16)	34,2 (9)	48,7 (13)	
Mittelwert	<b>55,0 (15,0)</b>	<b>59,2 (19,6)</b>	<b>57,7 (19,2)</b>	<b>52,9 (16,8)</b>	<b>32,4 (8,2)</b>	<b>51,8 (14,8)</b>

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Wahl-O-Mat zur Europawahl 2019 (<https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/45484/archiv>, Abruf am 31.05.2019), Angaben in Prozent; in Klammern: Anzahl an übereinstimmenden Thesen.

<sup>4</sup> Mittelwerte der Distanzen zu den CDU/CSU-Parteidynaden 2019: 2014 CDU (6,32), CSU (7,28); 2009 CDU (3,58), CSU (5,23); 2004 CDU (14,20), CSU (15,03).

<sup>5</sup> Zur Begründung führt die AfD im Wahl-O-Mat an, dass „die Bekämpfung des Antisemitismus [...] Aufgabe der Nationalstaaten“ sei.

Die größte parteiübergreifende Ablehnung erfährt die Aussage, dass Deutschland aus der Europäischen Union austreten soll, was von allen Parteien außer der AfD, die ihre Antwort noch nach Bereitstellung des Wahl-O-Mat von „stimme zu“ auf „neutral“ ändern ließ, zurückgewiesen wird.<sup>6</sup> Auch die These, Deutschland soll an Stelle des Euro wieder eine nationale Währung einführen, wird fast einhellig abgelehnt. Nur die AfD hält an dieser Forderung fest, da die Euro-Krise ein „systemisches Problem“ sei, das „nur systemisch gelöst werden“ könne. Schließlich wird die Frage, ob wieder dauerhafte Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten der EU stattfinden sollen, von allen Parteien außer der AfD verneint. Die AfD begründet ihre Haltung damit, dass Grenzkontrollen „die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus“ erleichtern würden, da das Abkommen von Schengen „in seiner jetzigen Form eine Gefahr für die Sicherheit und den Wohlstand der Bürger der EU“ darstelle und reformiert werden müsse.

Demgegenüber waren acht Thesen zwischen den Parteien insofern sehr umstritten, als dass drei Parteien der Aussage zugestimmt und die drei anderen Parteien nicht zugestimmt haben. Bei vier dieser Thesen entsprechen die Antworten der klassischen Lagerstruktur, wie sie durch die Sitzordnung im Plenum des Bundestages symbolisiert wird: SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE auf der linken Seite sowie CDU/CSU, FDP und AfD auf der rechten Seite. Während das linke Lager geschlossen die Forderungen unterstützt, dass sich die EU für die Einführung eines nationalen Mindestlohns in allen Mitgliedstaaten einsetzen soll, dass in allen Mitgliedstaaten eine LKW-Maut auf Fernstraßen eingeführt wird und dass Jugendliche bereits ab 16 Jahren bei Europawahlen wählen dürfen, lehnt das rechte Lager alle drei Maßnahmen ab. Und während das rechte Lager der These zustimmt, dass EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in ein anderes Land ziehen, dort nur eingeschränkt Sozialleistungen erhalten sollen, spricht sich das linke Lager dagegen aus.

Bei vier weiteren Thesen, die das Parteiensystem spalten, verlaufen die Konfliktlinien quer zu den

klassischen Lagern: Der Aussage, die EU-Mitgliedstaaten sollten eine gemeinsame Armee aufbauen, stimmen CDU/CSU, SPD und FDP zu, während sich Grüne, Linke und AfD dagegen aussprechen. Nur SPD, Grüne und FDP unterstützen die Forderung, dass EU-Bürgerinnen und -Bürger bei der Europawahl ihre Stimme auch für Parteien aus anderen Mitgliedstaaten abgeben dürfen, was von CDU/CSU, der Linkspartei und der AfD abgelehnt wird. Während die SPD, die Linkspartei und die AfD dafür sind, dass die EU ihre Sanktionen gegen Russland abbaut, wollen CDU/CSU, Grüne und FDP daran festhalten. Und die alte Grundsatzfrage, ob sich die EU langfristig zu einem europäischen Bundesstaat entwickeln soll, wird nur noch von SPD, Grünen und FDP bejaht, aber von CDU/CSU, der Linkspartei und selbstverständlich der AfD verneint.

## 5. Lager und Koalitionen in der Europapolitik

Tabelle 2 zeigt die durchschnittlichen Übereinstimmungsquoten zwischen Parteien innerhalb ausgewählter Lager bzw. Europa-Koalitionen für die Europawahlen der Jahre 2019, 2014, 2009 und 2004. Ein „Linksbündnis“ aus SPD, Grünen und Linkspartei weist seit der Wahl 2009 konstant größere programmatische Schnittmengen auf als alle anderen Europa-Koalitionen. SPD und Grüne vertreten in der gesamten Bandbreite europapolitischer Themen so ähnliche Positionen, dass sie fast schon mit einem gemeinsamen Programm zu Europawahlen antreten könnten.<sup>7</sup> Die verbliebenen Konfliktfelder lagen bei der Europawahl 2019 in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der Haltung zu Tierversuchen in der medizinischen Forschung. Entscheidend für die hohe Kongruenz um die 80 Prozent ist aber, dass sich SPD/Grüne und Linkspartei in ihrer Europaprogrammatik seit 2009 wechselseitig stark angenähert haben. Insbesondere bei Sachfragen, die die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EU betreffen, fordern die Parteien im linken Lager unisono mehr Steuerung und Regulierung von Marktfreiheiten.<sup>8</sup> Bei der Wahl 2004 fielen die Übereinstimmungen zwischen den Positionen der Vorgängerpartei PDS und der SPD (50 Prozent) sowie den Grünen (66,7 Prozent) noch deutlich geringer aus, und zwar nicht nur in Fragen der Binnenmarktintegration, son-

<sup>6</sup> Begründung der AfD: „Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht in angemessener Zeit verwirklichen lassen, halten wir einen Austritt Deutschlands oder eine geordnete Auflösung der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig und werden die Entscheidung über den DEXIT bei den Bürgern einholen, so wie es nach unserem Modell der direkten Demokratie selbstverständlich ist.“

<sup>7</sup> Die Schnittmengen für SPD/Grüne lagen 2014 bei 80,3 Prozent, 2009 bei 82,9 Prozent und 2004 bei immerhin schon 70 Prozent.

<sup>8</sup> Der einzig verbliebene Gegensatz in diesem Politikfeld bestand 2019 in der starken These, alle Banken sollen verstaatlicht werden, was SPD/Grüne ablehnen, aber DIE LINKE befürwortet (!).

dern auch im sensiblen Bereich der Innen- und Justizpolitik der EU.<sup>9</sup>

schon Integration vertreten beide Parteien zwar nach wie vor eine Linie, selbstredend in der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU

**Tab. 2: Europa-Koalitionen im deutschen Parteiensystem**

	SPD, Grüne, DIE LINKE	SPD, Grüne, FDP	CDU, SPD	CDU, FDP, Grüne	CDU, FDP, AfD	Alle Parteien
EP 2019	81,6	64,9	56,6	57,9	56,1	51,5
EP 2014	79,8	64,9	59,2	56,1	66,7	60,6
EP 2009	80,7	64,0	60,5	54,8	---	62,2
EP 2004	62,2	60,0	71,7	51,1	---	52,7
<b>Mittelwert</b>	<b>76,1</b>	<b>63,5</b>	<b>62,0</b>	<b>55,0</b>	<b>61,4</b>	<b>56,8</b>

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Wahl-O-Mat zu den Europawahlen 2019, 2014, 2009, 2004 (<https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/45484/archiv>, Abruf am 31.05.2019), Angaben in Prozent.

und der Eurozone, aber auch in der Befürwortung einer gemeinsamen Armee oder hinsichtlich der Gewährung von Entwicklungshilfe durch die EU. In anderen Feldern haben gegensätzliche Auffassungen durchweg Bestand, beispielsweise, ob EU-weite Bürgerentscheide eingeführt werden sollen (CDU nein, SPD ja) oder ob sich die EU als christliche Wertegemeinschaft verstehen soll (CDU ja, SPD nein).

Eine Europa-Koalition aus SPD, Grünen und FDP („Ampel“) erzielte bei den letzten drei Wahlen sehr stabile Übereinstimmungsquoten von 64 bis 65 Prozent. Dabei war die programmatische Nähe zwischen FDP und SPD bei allen Wahlen jeweils etwas größer als zwischen FDP und Grünen.<sup>10</sup> Während die drei Parteien in den meisten institutionellen und gesellschaftspolitischen Bereichen übereinstimmen, bestehen schwer überbrückbare Gegensätze bei Fragen der wirtschaftspolitischen Steuerung und Regulierung im EU-Binnenmarkt: Vor allen vier Wahlen wurden die Parteien gefragt, ob innerhalb der EU ein allgemeiner Mindestlohn gelten soll bzw. ob sich die EU dafür einsetzen soll, dass in allen Mitgliedstaaten nationale Mindestlöhne eingeführt werden, was von SPD und Grünen unterstützt, aber von der FDP stets abgelehnt worden ist. Die gleiche Konfliktstellung wiederholte sich u.a. bei der Einführung eines EU-weiten Mindestsatzes für die Besteuerung von Unternehmen (2019, 2014, 2009), einer verbindlichen Frauenquote für die Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen (2019, 2014) sowie einer gesetzlichen Begrenzung von Managergehältern (2014, 2009), ohne dass es über die Jahre zu einer Annäherung gekommen wäre.

Eine moderate Annäherung zwischen den Parteien fand etwa bei der Frage statt, ob innerhalb der EU alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden sollen: Während die Sozialdemokraten schon seit 2004 einen Ausstieg aus der Atomenergie befürworteten, lehnte die CDU einen solchen Schritt zunächst ab und änderte die eigene Position vor der Wahl 2019 zumindest in „neutral“. <sup>11</sup> Ein Beispiel für eine stärkere Abgrenzung ist die Forderung, dass Jugendliche ab 16 Jahren an Europawahlen teilnehmen dürfen, was bei der Wahl 2009 noch von beiden Parteien abgelehnt wurde, aber seit 2019 von der SPD unterstützt wird.

Die programmatischen Schnittmengen in einer großen Europa-Koalition aus Union und SPD nehmen seit 2004, als sie noch bei 71,7 Prozent lagen, kontinuierlich ab. In vielen Grundsatzfragen der europäi-

Ein gegenläufiger Trend zeigt sich in einer Europa-Koalition aus CDU, FDP und Grünen („Jamaika“), die seit der Wahl 2004 programmatisch homogener geworden ist. Allerdings ist diese moderate Annäherung allein auf das Binnenverhältnis von CDU und FDP zurückzuführen, während die Differenzen zwischen FDP/Grünen und CDU/Grünen über die Wahlen konstant geblieben sind bzw. keine lineare Entwicklung erkennbar ist.<sup>12</sup> Im gesamten Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU vertreten CDU und FDP durchgängig nahezu identische Positionen, von wenigen Sachfragen wie der Einführung einer Steuer auf den Handel mit Finanzprodukten in der EU abgesehen, was die CDU seit der Wahl 2014 unterstützt, aber von den Liberalen nach wie vor abgelehnt wird. In der Migrations- und Asylpolitik der

<sup>9</sup> Beispielsweise waren SPD und Grüne dafür, einen gemeinsamen EU-Grenzschutz einzurichten und nationalen Polizisten zu ermöglichen, bei der Verfolgung von Kriminellen über die EU-Binnengrenzen hinweg tätig zu werden, was beides von der PDS abgelehnt wurde.

<sup>10</sup> FDP/SPD: 61,8 Prozent (2014), 57,9 Prozent (2009), 58,3 Prozent (2004); FDP/Grüne: 52,6 Prozent (2014), 51,3 Prozent (2009), 51,7 Prozent (2004).

<sup>11</sup> Begründung: „Energiepolitik und die Entscheidung über den Energiemix liegen grundsätzlich in nationaler Zuständigkeit. Unser langfristiges Ziel ist aber die Schaffung eines europäischen Energiemarktes, einer echten Energieunion, in der alle Mitgliedsstaaten auf eine nachhaltige Energieversorgung setzen.“

<sup>12</sup> CDU/FDP: 71,1 Prozent (2014), 63,2 Prozent (2009), 56,7 Prozent (2004); FDP/Grüne: 52,6 Prozent (2014), 51,3 Prozent (2009), 51,7 Prozent (2004); CDU/Grüne: 44,7 Prozent (2014), 50 Prozent (2009), 45 Prozent (2004).

EU haben sich die Parteien hingegen angenähert: Während sich die CDU vor der Wahl 2009 dafür aussprach, die Einwanderungspolitik der EU zu verschärfen, war die FDP dagegen. Und im Jahr 2014, also noch vor der großen Flüchtlingskrise aus dem Sommer 2015, widersprach die CDU der These, die EU-Mitgliedstaaten sollten mehr Flüchtlinge aufnehmen, während die FDP zustimmte. Erst seit der Europawahl 2019 nehmen beide Parteien in diesem umkämpften Politikfeld ähnliche Standpunkte ein, beispielsweise wollen sie am Flüchtlingsabkommen mit der Türkei festhalten und fordern, dass Asylsuchende in der EU proportional auf die Mitgliedstaaten verteilt werden.

Ein „Rechtsbündnis“ aus CDU, FDP und AfD hat gegenüber der Wahl 2014 etwa zehn Prozent an programmatischer Schnittmenge eingebüßt und weist nun die geringsten inhaltlichen Übereinstimmungen der ausgewählten Europa-Koalitionen auf. Diese Entwicklung ist einzig und allein auf ein Auseinanderdriften zwischen der AfD und den beiden anderen Parteien zurückzuführen.<sup>13</sup> Während der tiefe Konflikt um den Euro als Gemeinschaftswährung, der maßgeblich zur Gründung der AfD beigetragen hatte, bekanntlich schon 2014 bestand, verfolgt die Partei spätestens seit der unkontrollierten Massenzuwanderung nach Deutschland, die im August 2015 einsetzte, eine restriktivere Linie in der Asyl- und Migrationspolitik (vgl. Rosenfelder 2017, Franzmann 2018). Bei der Europawahl 2014 waren sich die drei Parteien noch einig, dass in allen Ländern der EU gleiche Regeln für die Aufnahme von Asylsuchenden gelten sollten und dass an deutschen Grenzen keine generellen Ausweiskontrollen wiedereingeführt werden sollten. Inzwischen vertreten in der Zuwanderungspolitik selbst CDU/CSU und AfD diametral gegensätzliche Positionen. Die einzige Ausnahme ist die These, die EU solle private Seenotrettungsinitiativen im Mittelmeer unterstützen, was beide Parteien im Vorfeld der Wahl 2019 ablehnten.

Zusammengenommen lagen die durchschnittlichen Übereinstimmungsquoten aller Parteien bei der Wahl 2004 zunächst bei 52,7 Prozent, stiegen dann 2009 und 2014 auf rund 60 Prozent, bevor sie 2019 wieder auf 51,5 Prozent sanken. Der relativ geringe Wert im Vorfeld der Wahl 2004 ist vor allem auf die damalige PDS zurückzuführen, die mit allen anderen Parteien inkl. denjenigen des linken Lagers (siehe oben) deutlich weniger programmatische Schnitt-

mengen aufwies als danach die Linkspartei.<sup>14</sup> Und 2019 drückt die AfD den Mittelwert nach unten, weil sich die Distanzen zu allen anderen Parteien gegenüber 2014 deutlich vergrößert haben, während sie zwischen den anderen Parteien nahezu konstant geblieben sind. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass ein „Linksbündnis“ über die Wahlen hinweg mit 76,1 Prozent die größte programmatische Nähe in der Europapolitik aufweist, gefolgt von einer „Ampel-Koalition“, der „Großen Koalition“ und einem „Rechtsbündnis“ unter Einschluss der AfD. Eine Europakoalition aus CDU, FDP und Grünen („Jamaika“) rangiert mit einem Mittelwert von nur 55 Prozent Übereinstimmung auf dem letzten Platz.

## 6. Schlussfolgerungen

Die gestiegene Bedeutung von Europapolitik im Parteienwettbewerb, ausgelöst durch die Finanz- und Staatsschuldenkrise, hat nicht nur in Deutschland zu einer neuen Unübersichtlichkeit geführt (vgl. Niedermayer 2013b). Europäische Integration ist ein äußerst komplexes und mehrdimensionales Politikfeld, in dem sich die Einstellungen von Parteien mit der schlichten Unterscheidung zwischen proeuropäisch und euroskeptisch nicht hinreichend einfangen und abbilden lassen. Aus diesem Grund wurden Daten des Wahl-O-Mat zu den vergangenen vier Wahlen zum Europäischen Parlament ausgewertet, um programmatische Schnittmengen zwischen einzelnen Parteien und innerhalb ausgewählter Europa-Lager zu bestimmen. Aus den Ergebnissen lassen sich Hinweise ableiten, inwieweit sich Lagerstrukturen über die Zeit verändert haben und die Bildung von Koalitionen im Bund zusätzlich erschweren könnten, sollten sie quer liegen zu programmatischen Schnittmengen in der nationalen Politik.

Grundsätzlich belegen die Befunde eine hohe Stabilität innerhalb und zwischen den Europa-Lagern. Die größten Verschiebungen in den Übereinstimmungsquoten traten zwischen den Europawahlen 2004 und 2009 auf, als sich CDU und SPD trotz einer Großen Koalition im Bund programmatisch um mehr als zehn Prozentpunkte voneinander entfernten und gleichzeitig ein „Linksbündnis“ aus SPD, Grünen und der neu gegründeten Linkspartei um rund 18 Prozent an Geschlossenheit zulegen konnte. Diese Entwicklung legt den Schluss nahe, dass sich die Sozialdemokraten europapolitisch nach links orientiert haben. Dieser Trend setzte sich bei den darauf fol-

<sup>13</sup> Bei der Wahl 2014 lagen die Schnittmengen zwischen CDU und AfD bei 65,8 Prozent und zwischen FDP und AfD bei immerhin noch 63,2 Prozent.

<sup>14</sup> Die durchschnittliche Übereinstimmung der PDS bzw. der Linkspartei mit allen anderen Parteien lag 2014 bei 62,4 Prozent, 2009 bei 64,2 Prozent und 2004 nur bei 43,4 Prozent.

genden Wahlen in abgeschwächter Intensität fort: Die beiden Volksparteien drifteten in der Europapolitik weiter auseinander, während sich ein „Linksbündnis“ auf hohem Niveau konsolidiert hat und auch die „Jamaika“-Parteien etwas näher zusammengedrückt sind. Mit der AfD trat eine Partei erstmalig bei der Europawahl 2014 an, die schon damals relativ wenig programmatische Schnittmengen aufwies und sich bis 2019 auch von Parteien innerhalb eines „Rechtsbündnis“ noch weiter distanziert hat. Somit führte die neue Konkurrenz durch die AfD nicht zu tektonischen Positionsverschiebungen im Parteiensystem, weil die anderen Lager zumindest in ihrer internen Geschlossenheit weitgehend konstant geblieben sind.

Diese Stärkeverhältnisse zwischen den Europa-Lagern entsprechen in weiten Teilen programmatischen Lagerbildungen in der nationalen Politik. Wagschal und König (2014) haben Parteipositionen, basierend auf Wahl-O-Mat-Daten zu den Bundestagswahlen 2013, 2009 und 2005, in einem zweidimensionalen Raum angeordnet. Zu allen drei Zeitpunkten lagen die Parteien des linken Lagers deutlich näher beieinander als andere Dreierformationen, insbesondere als eine „Jamaika-Koalition“, die auch bei nationalen politischen Themen die größten Distanzen zwischen den Partnern aufwies. Dieses Muster reproduzierte sich vor der Bundestagswahl im September 2017, als ein „Linksbündnis“ in wirtschaftspolitischen wie auch in gesellschaftspolitischen Bereichen deutlich mehr programmatische Gemeinsamkeiten aufzeigte als etwa eine „Große Koalition“ oder als ein in Sondierungsgesprächen gescheitertes „Jamaika“-Bündnis (vgl. Jakobs/Jun 2018, Bräuninger et al. 2019). Obwohl nach Europawahlen im Gegensatz zu Bundestagswahlen keine Koalitionen gebildet werden müssen, unterscheiden sich die Lagerformationen somit erstaunlich wenig voneinander. Falls Europapolitik also wirklich eine größere Rolle bei der Regierungsbildung spielen sollte, würde dies für Parteien, die im nationalen Kontext harmonisieren, keine zusätzliche Hürde darstellen. Für Parteien hingegen, die bereits in nationalen Politikfeldern konträre Positionen einnehmen, könnten Konflikte um die europäische Integration eventuelle Koalitionsverhandlungen zusätzlich belasten.

In der Gesamtschau zeigen sich trotz harter Kontroversen um die EU (Euro-Krise, Flüchtlingskrise, Brexit) weder zwischen einzelnen Parteien noch innerhalb ausgewählter Europa-Lager grundlegende Verschiebungen hin zu einer stärkeren programmatischen Annäherung oder Abgrenzung. Zudem hat sich Europa-

politik nicht zu einer Konfliktlinie entwickelt, die quer zu den bekannten Mustern des Parteienwettbewerbs in der nationalen Politik liegt. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass sich aus den nackten Zahlen nicht erkennen lässt, ob Parteien sozusagen im Gleichschritt ihre Europaprogrammatik veränderten Rahmenbedingungen oder Wählermärkten angepasst haben. Wenn alle Parteien innerhalb eines Europa-Lagers ihre Positionen um 180 Grad drehen würden, blieben die programmatischen Schnittmengen ja unverändert. Eine erste qualitative Auswertung von Positionswechseln, die in diesem Aufsatz vorgenommen wurde, liefert dafür jedoch wenig Evidenzen. Trotzdem sollte die zukünftige Forschung hier ansetzen, um eventuelle Dynamiken in der Europapolitik nationaler Parteien detaillierter erfassen und besser verstehen zu können.

### Literatur

Bender, Steffen/Matthias Bianchi/Karina Hohl/Andreas Jüschke/Jan Schoofs/Susanne Steitz (2015): Die ideologisch-programmatischen Positionen der Parteien bei der Bundestagswahl 2013: Eine Analyse mit dem Duisburger-Wahl-Index (DWI). In: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden: Springer VS, 165-184.

Braun, Daniela/Swen Hutter/Alena Kerscher (2018): Anzeichen einer „differenzierten“ Politisierung? Die Salienz europäischer *Policies* im Europawahlkampf. In: Lisa H. Anders/Henrik Scheller/Thomas Tuntschew (Hrsg.), Parteien und die Politisierung der Europäischen Union, Wiesbaden: Springer VS, 163-191.

Bräuninger, Thomas/Marc Debus (2012): Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bräuninger, Thomas/Marc Debus/Jochen Müller/Christian Stecker (2019): Die programmatischen Positionen der deutschen Parteien zur Bundestagswahl 2017: Ergebnisse einer Expertenbefragung. In: Marc Debus/Markus Tepe/Jan Sauermann (Hrsg.), Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie, Band 11, Wiesbaden: Springer VS, 93-113.

Däubler, Thomas (2017): Links-rechts und darüber hinaus – eine Neuvermessung der deutschen Parteilandschaft mit einem auf die MARPOR/CMP-Daten angewandten IRT-Modell. In: Sebastian Bukow/Uwe Jun (Hrsg.), Parteien unter Wettbewerbsdruck, Wiesbaden: Springer VS, 57-88.

Decker, Frank (2018): Parteiendemokratie im Wandel, 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos.



- Franzmann, Simon (2018): Von der EURO-Opposition zur Kosmopolitismus-Opposition. Der Fall der deutschen AfD. In: Lisa H. Anders/Henrik Scheller/Thomas Tuntschew (Hrsg.), *Parteien und die Politisierung der Europäischen Union*, Wiesbaden: Springer VS, 365-402.
- Gehring, Thomas (2002): *Die Europäische Union als komplexe internationale Organisation. Wie durch Kommunikation und Entscheidung soziale Ordnung entsteht*, Baden-Baden: Nomos.
- Gernand, Lukas (2018): Euroskeptizismus. In: Maurizio Bach/Barbara Hönig (Hrsg.), *Europasozio- logie. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Baden-Baden: Nomos, 301-311.
- Häsing, Jens/Aron Buzogány (2018): Parteien und Europäisierung in Deutschland. Zwischen individuellen Einstellungen und institutionellen Anpassungen an die Europäische Union. In: Lisa H. Anders/Henrik Scheller/Thomas Tuntschew (Hrsg.), *Parteien und die Politisierung der Europäischen Union*, Wiesbaden: Springer VS, 313-334.
- Jachtenfuchs, Markus (2002): *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung*, Baden-Baden: Nomos.
- Jakobs, Simon/Uwe Jun (2018): Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in Deutschland 2017/18: Eine Analyse der Wahlprogramme. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49 (2), 265-285.
- John, Stefanie/Annika Werner (2016): Nebenwahleffekte auf der Angebotsseite? Bundestagswahlprogramme 2013 und Europawahlprogramme 2014 im Vergleich. In: Jens Tenscher/Uta Rußmann (Hrsg.), *Vergleichende Wahlkampfforschung. Studien anlässlich der Bundestags- und Europawahlen 2013 und 2014*, Wiesbaden: Springer VS, 21-53.
- Ketelhut, Jörn/Angelika Kretschmer/Marcel Lewandowsky/Léa Roger (2016): Facetten des deutschen Euroskeptizismus: Eine qualitative Analyse der deutschen Wahlprogramme zur Europawahl 2014. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 47 (2), 285-304.
- Marschall, Stefan (2011): Wahlen, Wähler, Wahl-O-Mat. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 4/2011, 40-46.
- Marschall, Stefan (2005): Idee und Wirkung des Wahl-O-Mat. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 51-52/2005, 41-46.
- Marschall, Stefan/Jonas Israel/Melissa Schiefer/Martin Schultze (2015): Die Nutzung des Wahl-O-Mat bei der Europa-Wahl 2014. Eine empirische Analyse. In: Michael Kaeding/Niko Switek (Hrsg.), *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden: Springer VS, 57-68.
- Merz, Nicolas/Sven Regel (2013): Die Programmatik der Parteien. In: Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung*, Wiesbaden: Springer VS, 211-238.
- Niedermayer, Oskar (2017): Deutsche Parteien und Europa. In: Katrin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Europapolitik*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 171-186.
- Niedermayer, Oskar (2013a): Die Analyse von Parteiensystemen. In: Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung*, Wiesbaden: Springer VS, 83-117.
- Niedermayer, Oskar (2013b): Europäische Integration und nationaler Parteienwettbewerb: theoretische Überlegungen und empirische Befunde am Beispiel der Eurokrise. In: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 11 (3), 413-434.
- Rauh, Christian/Michael Zürn (2014): Zur Politisierung der EU in der Krise. In: Martin Heidenreich (Hrsg.), *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*, Wiesbaden: Springer VS, 121-145.
- Rosenfelder, Joel (2017): Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48 (1), 123-140.
- Scharpf, Fritz W. (2017): Vom asymmetrischen Euro-Regime in die Transfer-Union – und was die deutsche Politik dagegen tun könnte. In: *Leviathan* 45 (3), 286-308.
- Schneider, Heinrich (1977): *Leitbilder der Europapolitik*, Bonn: Europa Union Verlag.
- Schultze, Martin (2012): Wirkungen des Wahl-O-Mat auf Bürger und Parteien. In: *Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung* 18, 127-131.
- Stecker, Christian/Thomas Däubler (2017): *Koal-O-Mat: Inhaltliche Schnittmengen von Jamaika, Groko und Co. vor der Bundestagswahl 2017*, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, [http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/papers/koalomat\\_analyse\\_bund\\_2017.pdf](http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/papers/koalomat_analyse_bund_2017.pdf)
- Stecker, Christian/Thomas Däubler (2016): *Koal-O-Mat: Ein Vergleich der programmatischen Schnittmengen möglicher Koalitionen nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt*, Mannheimer Zentrum für Europäische

Sozialforschung, <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/papers/koal-o-mat-analyse.pdf>.

Streeck, Wolfgang (2013): Nach der Krise ist in der Krise. Aussichten auf die Innenpolitik des europäischen Binnenmarktstaats. In: *Leviathan* 41 (2), 324-342.

Treib, Oliver (2018): Deutsche Parteien und die EU. Traditioneller Integrationskonsens trotz zunehmend euroskeptischer Bürger. In: Anjo G. Harryvan/André Krause/Hans Vollaard (Hrsg.), *Europa zwischen Hoffnung und Skepsis. Deutschland und die Niederlande über die europäische Integration seit 1990*, Münster: Waxmann, 67-93.

Wagschal, Uwe/Pascal König (2015): Die Links-rechts-Positionierung der Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 bis 2013: Eine empirische Analyse anhand des Wahl-O-Mat. In: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden: Springer VS, 185-210.

Wagschal, Uwe/Pascal König (2014): Alle gleich? Analyse der programmatischen Parteienunterschiede bei Bundestagswahlen auf der Basis des Wahl-O-Mats. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (4), 865-884.

Weßels, Bernhard (2009): Spielarten des Euroskeptizismus. In: Frank Decker/Marcus Höreth (Hrsg.), *Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojektes*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 50-68.

Wimmel, Andreas (2012): Deutsche Parteien in der Euro-Krise: Das Ende des Konsensprinzips? In: *integration* 35 (1), 19-34.

Wüst, Andreas M. (2005): Deutsche Parteien und Europawahlen. Programmatische Schwerpunkte 1979-2004. In: Oskar Niedermayer/Hermann Schmitt (Hrsg.), *Europawahl 2004*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 76-93.

Zabel, Malte (2017): *Euroskeptizismus. Ursprünge und Ausdrucksformen im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses*, Baden-Baden: Nomos.